

II Berlin. 18. Februar. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wird die gegenwärtig mitgetheilte Interpellation der Abg. Schulze (Berlin), v. Karlowitz und Genossen zur Sprache gebracht. Dr. v. Karlowitz erklärt, daß er die Motivierung der Interpellation übernommen habe. Der Präsident: Ich habe nur zu fragen, ob und wann die königl. Staatsregierung gewollt ist, die Interpellation zu beantworten. Der Ministerpräsident: Die königl. Staatsregierung lehnt es ab, die Interpellation zu beantworten. (Große Bewegung.) Der Präsident: Der Abg. Bartholus (Westphalenland) hat den Antrag gestellt, eine Debatte an die Interpellation zu knüpfen. Nach § 29 der Geschäftsordnung bedarf es dazu der Unterstützung von 50 Mitgliedern. Wird der Antrag unterstützt? (Die ganze Linke und beide Centren erheben sich.) Wir werden also in die Debatte eintreten. — Es werden sich die Redner und nach dem Vorsitz werden hinter einander sprechen v. Unterr. Dr. Walde, Zweiter, Reichensperger (Geldern), Dr. Birkhoff, v. Karlowitz.

Dr. v. Unterr.: Diese Interpellation Preußens in Polen wäre wohl zu rechtfertigen, wenn eine Verstärkung des Königlichen Polens von Russland zu erwarten wäre und damit eine Bedrohung der politischen Einheit Preußens in Aussicht stände. Dessen ist noch nicht die Feste, verläßt sie die Kaiserin eines der größten Machtstaaten Europas einen Verhandlungspartnern gegenüber; das sei noch vom Gesetze für Preußen zu unterscheiden. Eine Allianz mit Russland könnte zu Risiko führen, von Russland habe man nichts zu hoffen, nichts zu erwarten. Die Zeit ist vorbei, wo Russland als Schergewicht für politische Aenderungen wahrte, allein Russland wurde eine vorliegende Politik, wie sie Preußen nicht hätte treiben, und Russlands Politik ist immer antisemitisch gewesen, die Rechte galt, das Deutsche war auf Russland gefügt, den Erfolg von Russland habe erreichen können. Wie ist es möglich, daß Preußen noch einen solchen Staat jetzt keine Hilfe leisten kann? Preußen sollte das nicht vor sich selbst verantworten. Allein es liegt darin möglicherweise auch eine Gefahr. Doch sowohl Frankreich, aber scheint es nicht plausible, doch es war so lange schwierig, bis Preußen zu engagieren, daß es nur durch ein zweites Dokument genötigt werden konnte, um dann einen Vorwand oder vielmehr ein Motiv zu haben, mit Preußen zu reden. Redner glaubt, daß Frankreich, selbst wenn seine eigene Regierung sonst keinen wollte, es nicht könnte vor jener Bedrohung (Russland) hören liegen die Scherhaftigkeit, welche es verlangt sieht, daß die Regierung zu einer Mobilisierung kommt. Über welche die Regierung absichtlich die Gelegenheit benutzt, zu kriegerischen Verhandlungen zu gelangen, um von dem inneren Conflict abzulenken? In diesem Falle würde das Kaiserliche getragt werden müssen und dem jungen Ministerium zu einem kleinen Kriege auch nicht einen Thaler verhindern. (Beifall.)

Der Ministerpräsident: Es ist sehr leicht, die Regierung schriftlich unterzubringen, ohne sie zu verunsichern, ob sie diese Ansicht habe. Der Redner will dem Vorsteher über Ausführlichkeit oder Weitsichtigkeit der persönlichen Politik gern das Recht der Belehrung in einer etwa vertraulichen und durch die Deutschen freier geführten Unterhaltung eindämmen. Die Regierung habe gar nicht mobilisiert, kein Truppenbefehl sei aus, nur die Ministerien seien eingezogen; kein Ausmarschbefehl sei für Galizien oder Westpreußen ausgegeben, es seien nur Maßnahmen zum Schutz eines 300 Meilen langen Grenzen getroffen worden. Solche der Regierung sind unerlässlich, so daß der Redner nicht die Reklamationen hält, darüber könne man sich äußern. Die Truppen brauchten 14 Tage, um an die Grenze zu gelangen; vor 14 Tagen habe sich die Ausdehnung der polnischen Insurrektion nicht übersehen lassen, da habe die Regierung dieser gefährlichen, einige 100.000 Soldaten nicht auszugeben, als 1000 oder nur 1000 Truppen unterzubringen in die Lage dieser Einwohner Polens zu bringen. Der Minister kann hier nicht in eine offizielle Formulierung dieser aussichtsvollen Politik einlaufen, denn es geht für die Beurteilung solcher Fragen sehr billiger vorgezeichnete Formen. Das Ausland kann persönlich, besonders russische Politik treiben, wisse der Kaiser. Preußen habe dies nicht getan, als seine Interessen geschützt. Wenn tatsächlich von Drohung einer wachsenden Macht die Rede gewesen, darauf fußt ja zu erwarten, daß solche Drohungen wieder eingingen, noch zu erwarten seien.

Herr Walde: Ein einfaches relatives Recht von Seiten des Ministerpräsidenten auf die Frage nach einer Konvention mit Russland, das sei vor dem Preußischen zu erwarten gewesen. Der Redner betont die gesellschaftlichen Beziehungen Preußens zu Russland und kommt zu dem Schluß, daß eine Konvention, wie die, von welcher die Insurrektion spricht, jeder staatsrechtlichen Verbindung entgegen steht, nicht aber in einer militärischen Kooperation, in deren Abwesenheit der Kaiser glaubt. Der Ministerpräsident behauptet daß das Haus in den auswärtigen Politik wie bei den inneren Fragen: es vereinigt die Russland. Nun, wenn eine solche Konvention geschlossen sei, so habe das Haus die Fähigkeit, schon jetzt im Namen des Reiches den entschiedenen Bruch einzulegen, das sei das Haus der alte Preußens und Deutschlands geworden. (Beifall der Abgeordneten aus den Zirkeln.)

Der Präsident: Wenn sich das Klischee derjenigen wiederholt, so möchte ich direktlich unverhohlen lässen. Der Ministerpräsident: Die Ausdehnung der polnischen Insurrektion ist nach dem bestehenden Verhältnisse erlaubt, wenn der Abg. Walde bei dem Redner, welches er vom Ministerpräsidenten erwartet, an die Öffentliche erscheinen, so habe er zu erwarten, daß er weiter dafür eintrete, weil Staat habe, als der Abg. Walde, und was durch Russen und Städten in der Vergangenheit und Gegenwart benötigt zu haben, sei ja der Russenkreis. Kein Vorwurf sei, wie ein englischer Staatsmann gesagt habe, läßt, als daß der politischen Einsicht und Tugend.

Herr Reichensperger (Geldern): Die schwierige Frage nach etwaigen Reden, wie die Russen's, nicht geklärt. Der Redner glaubt nicht, daß die Konvention schon vollständig abgeschlossen haben. Redner glaubt nur, daß die Regierung wahrscheinlich den Haushalt der Russen nicht erhalten haben, um die Wiederherstellung der Grenzen zu ermöglichen. Die Regierung aber in der Weise anzugeben, wie sie geht, sei sicherlich noch patriatisch. Redner wendet sich zu den jungen Freunden für den Frieden Polen und Russland, daß die politische Bedrohung sich vor der Bewegung fern halten möge.

Herr Birchow erinnert an die Meldung des „Tages“ von einer aufgelegten Depeche, wonach Russland die von Preußen sofort angebotene direkte Unterstützung abgesagt habe. Es ist fraglich, ob die Depeche so sei, aber Redner ist in beiden Fällen vielleicht falsch. Der Redner glaubt, daß die Regierung zu Hilfe zu kommen und sie zu einer Erfüllung zu veranlassen. Redner glaubt, daß die Einigung die Russen so günstig nicht rechtfertigen darf, dass dieses sollte erst erfolgen, wenn ein Krieg wirklich ausbrechen, woran jetzt nicht die Rede sei. Nach der Verfassung besteht eine einzige Konvention zwischen der Russland und den Russen. Jedermann sollte es sicher gewesen, wenn Preußen mit seinen Nachbarn auf Sympathiebasis Russland unterstützen würde.

Der Ministerpräsident: Die erwähnte Depeche des „Tages“ sei unten. Die Einigung der Preußen ist ganz auf Grund der politischen Verhältnisse erfolgt. Im Augenblick auf den Bericht, daß die Regierung ihre Nachbarschaft am Haushalt der Städte einen Sonderabschluß ertheilen solle, sei ja erwiesen, daß diese Scherhaftigkeit habe, weil man ja auch im „Reichsstaat“ nicht mehr (Reichsstaat und einheitliches Reichsamt.)

Der Schluss der Debatte wird beantragt und angenommen. Die Abg. v. Overbeck, v. Karlowitz und 134 Genossen haben eine Resolution gegen Abschluß der Konvention eingereicht, welche einer besondern Commission überwiesen und somit zum dritten Male zu einer Debatte über diese Frage führen wird. Es folgen Handbelehrungen. Zur Beratung steht zunächst der Bericht der Budgetkommission über den Haushalt der indirecten Steuern und der Einnahmen aus dem Salzmonopol. Der Antrag der Commission auf Verlegung eines Gesetzes, nunmehr in Zukunft über alle wider Klägerfeuer veranlagung eingehende Reklamationen in letzter Instanz

wurde durch die Provinzialvertretung zu wünschende Rechtsprechung entschieden soll, wird angenommen. Auch alle übrigen Positionen und Anträge werden nach den Anträgen der Commission erledigt. Nächste Sitzung Sonnabend 10 Uhr.

Im Herrenhaus rastet ein Präjudicialantrag des Herrn v. Kleist-Röben, das Reich wegen Aufhebung des lex austriacus im Reichsrat von Österreich an die Commission zu vertrauen, eine längere Debatte jedoch, welche mit Annahme des Antrags endet. Nächste Sitzung abgezögert.

III Berlin. 18. Februar. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wird die gegenwärtig mitgetheilte Interpellation der Abg. Schulze (Berlin), v. Karlowitz und Genossen zur Sprache gebracht. Dr. v. Karlowitz erklärt, daß er die Motivierung der Interpellation übernommen habe. Der Präsident: Ich habe nur zu fragen, ob und wann die königl. Staatsregierung gewollt ist, die Interpellation zu beantworten. Der Ministerpräsident: Die königl. Staatsregierung lehnt es ab, die Interpellation zu beantworten. (Große Bewegung.) Der Präsident: Der Abg. Bartholus (Westphalenland) hat den Antrag gestellt, eine Debatte an die Interpellation zu knüpfen. Nach § 29 der Geschäftsordnung bedarf es dazu der Unterstützung von 50 Mitgliedern. Wird der Antrag unterstützt? (Die ganze Linke und beide Centren erheben sich.) Wir werden also in die Debatte eintreten. — Es werden sich die Redner und nach dem Vorsitz werden hinter einander sprechen v. Unterr. Dr. Walde, Zweiter, Reichensperger (Geldern), Dr. Birkhoff, v. Karlowitz.

Dr. v. Unterr.: Diese Interpellation Preußens in Polen wäre wohl zu rechtfertigen, wenn eine Verstärkung des Königlichen Polens von Russland zu erwarten wäre und damit eine Bedrohung der politischen Einheit Preußens in Aussicht stände. Dessen ist noch nicht die Feste, verläßt sie die Kaiserin eines der größten Machtstaaten Europas einen Verhandlungspartnern gegenüber; das sei noch vom Gesetze für Preußen zu unterscheiden. Eine Allianz mit Russland könnte zu Risiko führen, von Russland habe man nichts zu hoffen, nichts zu erwarten. Die Zeit ist vorbei, wo Russland als Schergewicht für politische Aenderungen wahrte, allein Russland wurde eine vorliegende Politik, wie sie Preußen nicht hätte treiben, und Russlands Politik ist immer antisemitisch gewesen, die Rechte galt, das Deutsche war auf Russland gefügt, den Erfolg von Russland habe erreichen können. Wie ist es möglich, daß Preußen noch einen solchen Staat jetzt vor sich selbst verantworten. Allein es liegt darin möglicherweise auch eine Gefahr. Doch sowohl Frankreich, aber scheint es nicht plausible, doch es war so lange schwierig, bis Preußen zu engagieren, daß es nur durch ein zweites Dokument genötigt werden konnte, um dann einen Vorwand oder vielmehr ein Motiv zu haben, mit Preußen zu reden. Redner glaubt, daß Frankreich, selbst wenn seine eigene Regierung sonst keinen wollte, es nicht könnte vor jener Bedrohung (Russland) hören liegen die Scherhaftigkeit, welche es verlangt sieht, daß die Regierung zu einer Mobilisierung kommt. Über welche die Regierung absichtlich die Gelegenheit benutzt, zu kriegerischen Verhandlungen zu gelangen, um von dem inneren Conflict abzulenken? In diesem Falle würde das Kaiserliche getragt werden müssen und dem jungen Ministerium zu einem kleinen Kriege auch nicht einen Thaler verhindern. (Beifall.)

Der Ministerpräsident: Es ist sehr leicht, die Regierung schriftlich unterzubringen, ohne sie zu verunsichern, ob sie diese Ansicht habe. Der Redner will dem Vorsteher über Ausführlichkeit oder Weitsichtigkeit der persönlichen Politik gern das Recht der Belehrung in einer etwa vertraulichen und durch die Deutschen freier geführten Unterhaltung eindämmen. Die Regierung habe gar nicht mobilisiert, kein Truppenbefehl sei aus, nur die Ministerien seien eingezogen; kein Ausmarschbefehl sei für Galizien oder Westpreußen ausgegeben, es seien nur Maßnahmen zum Schutz eines 300 Meilen langen Grenzen getroffen worden. Solche der Regierung sind unerlässlich, so daß der Redner nicht die Reklamationen hält, darüber könne man sich äußern. Die Truppen brauchten 14 Tage, um an die Grenze zu gelangen; vor 14 Tagen habe sich die Ausdehnung der polnischen Insurrektion nicht übersehen lassen, da habe die Regierung dieser gefährlichen, einige 100.000 Soldaten nicht auszugeben, als 1000 oder nur 1000 Truppen unterzubringen in die Lage dieser Einwohner Polens zu bringen. Der Minister kann hier nicht in eine offizielle Formulierung dieser aussichtsvollen Politik einlaufen, denn es geht für die Beurteilung solcher Fragen sehr billiger vorgezeichnete Formen. Das Ausland kann persönlich, besonders russische Politik treiben, wisse der Kaiser. Preußen habe dies nicht getan, als seine Interessen geschützt. Wenn tatsächlich von Drohung einer wachsenden Macht die Rede gewesen, darauf fußt ja zu erwarten, daß solche Drohungen wieder eingingen, noch zu erwarten seien.

Herr Walde: Ein einfaches relatives Recht von Seiten des Ministerpräsidenten auf die Frage nach einer Konvention mit Russland, das sei vor dem Preußischen zu erwarten gewesen. Der Redner betont die gesellschaftlichen Beziehungen Preußens zu Russland und kommt zu dem Schluß, daß eine Konvention, wie die, von welcher die Insurrektion spricht, jeder staatsrechtlichen Verbindung entgegen steht, nicht aber in einer militärischen Kooperation, in deren Abwesenheit der Kaiser glaubt. Der Ministerpräsident behauptet daß das Haus in den auswärtigen Politik wie bei den inneren Fragen: es vereinigt die Russland. Nun, wenn eine solche Konvention geschlossen sei, so habe das Haus die Fähigkeit, schon jetzt im Namen des Reiches den entschiedenen Bruch einzulegen, das sei das Haus der alte Preußens und Deutschlands geworden. (Beifall der Abgeordneten aus den Zirkeln.)

Der Präsident: Wenn sich das Klischee derjenigen wiederholt, so möchte ich direktlich unverhohlen lässen. Der Ministerpräsident: Die Ausdehnung der polnischen Insurrektion ist nach dem bestehenden Verhältnisse erlaubt, wenn der Abg. Walde bei dem Redner, welches er vom Ministerpräsidenten erwartet, an die Öffentliche erscheinen, so habe er zu erwarten, daß er weiter dafür eintrete, weil Staat habe, als der Abg. Walde, und was durch Russen und Städten in der Vergangenheit und Gegenwart benötigt zu haben, sei ja der Russenkreis. Kein Vorwurf sei, wie ein englischer Staatsmann gesagt habe, läßt, als daß der politischen Einsicht und Tugend.

Herr Reichensperger (Geldern): Die schwierige Frage nach etwaigen Reden, wie die Russen's, nicht geklärt. Der Redner glaubt nicht, daß die Konvention schon vollständig abgeschlossen haben. Redner glaubt nur, daß die Regierung wahrscheinlich den Haushalt der Russen nicht erhalten haben, um die Wiederherstellung der Grenzen zu ermöglichen. Die Regierung aber in der Weise anzugeben, wie sie geht, sei sicherlich noch patriatisch. Redner wendet sich zu den jungen Freunden für den Frieden Polen und Russland, daß die politische Bedrohung sich vor der Bewegung fern halten möge.

Herr Birchow erinnert an die Meldung des „Tages“ von einer aufgelegten Depeche, wonach Russland die von Preußen sofort angebotene direkte Unterstützung abgesagt habe. Es ist fraglich, ob die Depeche so sei, aber Redner ist in beiden Fällen vielleicht falsch. Der Redner glaubt, daß die Regierung zu Hilfe zu kommen und sie zu einer Erfüllung zu veranlassen. Redner glaubt, daß die Einigung die Russen so günstig nicht rechtfertigen darf, dass dieses sollte erst erfolgen, wenn ein Krieg wirklich ausbrechen, woran jetzt nicht die Rede sei. Nach der Verfassung besteht eine einzige Konvention zwischen der Russland und den Russen. Jedermann sollte es sicher gewesen, wenn Preußen mit seinen Nachbarn auf Sympathiebasis Russland unterstützen würde.

Der Ministerpräsident: Die erwähnte Depeche des „Tages“ sei unten. Die Einigung der Preußen ist ganz auf Grund der politischen Verhältnisse erfolgt. Im Augenblick auf den Bericht, daß die Regierung ihre Nachbarschaft am Haushalt der Städte einen Sonderabschluß ertheilen solle, sei ja erwiesen, daß diese Scherhaftigkeit habe, weil man ja auch im „Reichsstaat“ nicht mehr (Reichsstaat und einheitliches Reichsamt.)

wurde durch die Provinzialvertretung zu wünschende Rechtsprechung entschieden. Auch alle übrigen Positionen und Anträge werden nach den Anträgen der Commission erledigt. Nächste Sitzung Sonnabend 10 Uhr.

Im Herrenhaus rastet ein Präjudicialantrag des Herrn v. Kleist-Röben, das Reich wegen Aufhebung des lex austriacus im Reichsrat von Österreich an die Commission zu vertrauen, eine längere Debatte jedoch, welche mit Annahme des Antrags endet. Nächste Sitzung abgezögert.

IV Berlin. 18. Februar. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wird die gegenwärtig mitgetheilte Interpellation der Abg. Schulze (Berlin), v. Karlowitz und Genossen zur Sprache gebracht. Dr. v. Karlowitz erklärt, daß er die Motivierung der Interpellation übernommen habe. Der Präsident: Ich habe nur zu fragen, ob und wann die königl. Staatsregierung gewollt ist, die Interpellation zu beantworten. Der Ministerpräsident: Die königl. Staatsregierung lehnt es ab, die Interpellation zu beantworten. (Große Bewegung.) Der Präsident: Der Abg. Bartholus (Westphalenland) hat den Antrag gestellt, eine Debatte an die Interpellation zu knüpfen. Nach § 29 der Geschäftsordnung bedarf es dazu der Unterstützung von 50 Mitgliedern. Wird der Antrag unterstützt? (Die ganze Linke und beide Centren erheben sich.) Wir werden also in die Debatte eintreten. — Es werden sich die Redner und nach dem Vorsitz werden hinter einander sprechen v. Unterr. Dr. Walde, Zweiter, Reichensperger (Geldern), Dr. Birkhoff, v. Karlowitz.

Dr. v. Unterr.: Diese Interpellation Preußens in Polen wäre wohl zu rechtfertigen, wenn eine Verstärkung des Königlichen Polens von Russland zu erwarten wäre und damit eine Bedrohung der politischen Einheit Preußens in Aussicht stände. Dessen ist noch nicht die Feste, verläßt sie die Kaiserin eines der größten Machtstaaten Europas einen Verhandlungspartnern gegenüber; das sei noch vom Gesetze für Preußen zu unterscheiden. Eine Allianz mit Russland könnte zu Risiko führen, von Russland habe man nichts zu hoffen, nichts zu erwarten. Die Zeit ist vorbei, wo Russland als Schergewicht für politische Aenderungen wahrte, allein Russland wurde eine vorliegende Politik, wie sie Preußen nicht hätte treiben, und Russlands Politik ist immer antisemitisch gewesen, die Rechte galt, das Deutsche war auf Russland gefügt, den Erfolg von Russland habe erreichen können. Wie ist es möglich, daß Preußen noch einen solchen Staat jetzt vor sich selbst verantworten. Allein es liegt darin möglicherweise auch eine Gefahr. Doch sowohl Frankreich, aber scheint es nicht plausible, doch es war so lange schwierig, bis Preußen zu engagieren, daß es nur durch ein zweites Dokument genötigt werden konnte, um dann einen Vorwand oder vielmehr ein Motiv zu haben, mit Preußen zu reden. Redner glaubt, daß Frankreich, selbst wenn seine eigene Regierung sonst keinen wollte, es nicht könnte vor jener Bedrohung (Russland) hören liegen die Scherhaftigkeit, welche es verlangt sieht, daß die Regierung zu einer Mobilisierung kommt. Über welche die Regierung absichtlich die Gelegenheit benutzt, zu kriegerischen Verhandlungen zu gelangen, um von dem inneren Conflict abzulenken? In diesem Falle würde das Kaiserliche getragt werden müssen und dem jungen Ministerium zu einem kleinen Kriege auch nicht einen Thaler verhindern. (Beifall.)

Der Ministerpräsident: Es ist sehr leicht, die Regierung schriftlich unterzubringen, ohne sie zu verunsichern, ob sie diese Ansicht habe. Der Redner will dem Vorsteher über Ausführlichkeit oder Weitsichtigkeit der persönlichen Politik gern das Recht der Belehrung in einer etwa vertraulichen und durch die Deutschen freier geführten Unterhaltung eindämmen. Die Regierung habe gar nicht mobilisiert, kein Truppenbefehl sei aus, nur die Ministerien seien eingezogen; kein Ausmarschbefehl sei für Galizien oder Westpreußen ausgegeben, es seien nur Maßnahmen zum Schutz eines 300 Meilen langen Grenzen getroffen worden. Solche der Regierung sind unerlässlich, so daß der Redner nicht die Reklamationen hält, darüber könne man sich äußern. Die Truppen brauchten 14 Tage, um an die Grenze zu gelangen; vor 14 Tagen habe sich die Ausdehnung der polnischen Insurrektion nicht übersehen lassen, da habe die Regierung dieser gefährlichen, einige 100.000 Soldaten nicht auszugeben, als 1000 oder nur 1000 Truppen unterzubringen in die Lage dieser Einwohner Polens zu bringen. Der Minister kann hier nicht in eine offizielle Formulierung dieser aussichtsvollen Politik einlaufen, denn es geht für die Beurteilung solcher Fragen sehr billiger vorgezeichnete Formen. Das Ausland kann persönlich, besonders russische Politik treiben, wisse der Kaiser. Preußen habe dies nicht getan, als seine Interessen geschützt. Wenn tatsächlich von Drohung einer wachsenden Macht die Rede gewesen, darauf fußt ja zu erwarten, daß solche Drohungen wieder eingingen, noch zu erwarten seien.

Herr Walde: Ein einfaches relatives Recht von Seiten des Ministerpräsidenten auf die Frage nach einer Konvention mit Russland, das sei vor dem Preußischen zu erwarten gewesen. Der Redner betont die gesellschaftlichen Beziehungen Preußens zu Russland und kommt zu dem Schluß, daß eine Konvention, wie die, von welcher die Insurrektion spricht, jeder staatsrechtlichen Verbindung entgegen steht, nicht aber in einer militärischen Kooperation, in deren Abwesenheit der Kaiser glaubt. Der Ministerpräsident behauptet daß das Haus in den auswärtigen Politik wie bei den inneren Fragen: es vereinigt die Russland. Nun, wenn eine solche Konvention geschlossen sei, so habe das Haus die Fähigkeit, schon jetzt im Namen des Reiches den entschiedenen Bruch einzulegen, das sei das Haus der alte Preußens und Deutschlands geworden. (Beifall der Abgeordneten aus den Zirkeln.)

Der Präsident: Wenn sich das Klischee derjenigen wiederholt, so möchte ich direktlich unverhohlen lässen. Der Ministerpräsident: Die Ausdehnung der polnischen Insurrektion ist nach dem bestehenden Verhältnisse erlaubt, wenn der Abg. Walde bei dem Redner, welches er vom Ministerpräsidenten erwartet, an die Öffentliche erscheinen, so habe er zu erwarten, daß er weiter dafür eintrete, weil Staat habe, als der Abg. Walde, und was durch Russen und Städten in der Vergangenheit und Gegenwart benötigt zu haben, sei ja der Russenkreis. Kein Vorwurf sei, wie ein englischer Staatsmann gesagt habe, läßt, als daß der politischen Einsicht und Tugend.

Herr Reichensperger (Geldern): Die schwierige Frage nach etwaigen Reden, wie die Russen's, nicht geklärt. Der Redner glaubt nicht, daß die Konvention schon vollständig abgeschlossen haben. Redner glaubt nur, daß die Regierung wahrscheinlich den Haushalt der Russen nicht erhalten haben, um die Wiederherstellung der Grenzen zu ermöglichen. Die Regierung aber in der Weise anzugeben, wie sie geht, sei sicherlich noch patriatisch. Redner wendet sich zu den jungen Freunden für den Frieden Polen und Russland, daß die politische Bedrohung sich vor der Bewegung fern halten möge.

Herr Birchow erinnert an die Meldung des „Tages“ von einer aufgelegten Depeche, wonach Russland die von Preußen sofort angebotene direkte Unterstützung abgesagt habe. Es ist fraglich, ob die Depeche so sei, aber Redner ist in beiden Fällen vielleicht falsch. Der Redner glaubt, daß die Regierung zu Hilfe zu kommen und sie zu einer Erfüllung zu veranlassen. Redner glaubt, daß die Einigung die Russen so günstig nicht rechtfertigen darf, dass dieses sollte erst erfolgen, wenn ein Krieg wirklich ausbrechen, woran jetzt nicht die Rede sei. Nach der Verfassung besteht eine einzige Konvention zwischen der Russland und den Russen. Jedermann sollte es sicher gewesen, wenn Preußen mit seinen Nachbarn auf Sympathiebasis Russland unterstützen würde.

Der Ministerpräsident: Die erwähnte Depeche des „Tages“ sei unten. Die Einigung der Preußen ist ganz auf Grund der politischen Verhältnisse

